



Nuntius Orsenigo, Hitler: „Gegen die Kirche kein Wort...

# „Mit festem Schritt ins Neue Reich“

Die Katholische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz / Von Guenter Lewy

## 1. Fortsetzung

Am 19. März 1933 richtete Kardinal Bertram, Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, ein vertrauliches Schreiben an die Mitglieder der Konferenz. Der Kardinal wollte wissen, ob eine Überprüfung der kirchlichen Haltung zum Nationalsozialismus wirklich notwendig sei.

In den Ordinariaten, bemerkte er, gingen vom Klerus ständig dringende Bitten um Klärung ein; auch er selbst meine, daß es an der Zeit sei, einige Weisungen an den Klerus zu erlassen. Aber die Zeit für eine allgemeine Kundgebung sei noch nicht gekommen.

In diesem Brief teilte Bertram mit, daß Vizekanzler Papen ihn tags zuvor, am 18. März, aufgesucht und gefragt habe, ob die Kirche ihre Haltung zum Nationalsozialismus nicht revidieren wolle. „Ich wies darauf hin: Wer revidieren muß, ist der Führer der Nationalsozialisten selbst...“

Bertram schlug im Hinblick auf die Instruktionen an die Geistlichkeit vor, darauf hinzuweisen, daß die Verfügungen des Episkopats nur insoweit und so lange in Kraft bleiben sollten, als die Führer der NSDAP sich zu den fraglichen Irrlehren bekannten. Sobald dies aufhöre, würden die Verfügungen ihre Gültigkeit verlieren, aber „dieser Wegfall ist noch nicht überzeugend eingetreten“.

Copyright: Verlag R. Piper & Co, München, bei dem das Buch Guenter Lewys unter dem Titel „Die Katholische Kirche und das Dritte Reich“ Anfang April erscheinen wird.

Die Frage, wie mit einzelnen Parteimitgliedern zu verfahren sei, war schon in den Richtlinien der Fuldaer Bischofskonferenz vom August 1932 behandelt worden. Dabei hatte man auch berücksichtigt, daß ernstliche Unzufriedenheit,

Täuschung und wirtschaftlicher Druck Menschen in die Partei geführt hätten.

„Die Ereignisse der letzten Zeit zeigen, wie richtig diese Winke sind und daß sie unter Umständen selbst auf füh-

rende Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei anwendbar sind, wenn diese nicht offensiven Trotz gegen die kirchliche Obrigkeit zeigen und eine die rechte Disposition ausschließende kirchenfeindliche Stellung einnehmen.“ Bertram schloß seinen Brief mit der Bitte um rasche Stellungnahme zu seinen Vorschlägen.

Mit den von Kardinal Bertram vorgeschlagenen seelsorglichen Weisungen sollte das Verbot der Parteizugehörigkeit stillschweigend aufgehoben werden. Wenn selbst „führende Mitglieder“ der Partei jetzt für die Kirche akzeptiert waren, würden natürlich nur wenige hartnäckige und taktlose Reaktionäre auf den alten Verboten herumreiten.

Wir haben keine genauen Informationen darüber, wie die Bischöfe auf die Vorschläge reagierten. Wie aus einem Brief Kardinal Bertrams hervorgeht, schlugen mehrere Bischöfe eine öffentliche Kundgebung vor, und einige sandten Entwürfe ein.

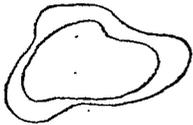
In der Zwischenzeit hatte eine Reihe neuer Ereignisse die Situation verändert. Am 20. März 1933 begannen Verhandlungen zwischen Hitler und Frick auf der einen und den Zentrumsführern Kaas, Stegerwald und Hackelsberger auf der anderen Seite: Unter welchen Bedingungen würde die Zentrumspartei bereit sein, für das von Hit-



...nur Anerkennung für die Bischöfe“: NS-Plakat\*

\* Zeichnung aus dem „Völkischen Beobachter“ vom 9. März 1933.

Sie wissen ja —  
der Zug  
der Zeit...



**MONTAN UNION**

Neuhaus  Zigarren

Sie erhalten gern kostenlos unser Sammelwerk „Neuhaus-Raucherinformationen“. Bisher erschienen: Heft 1 Sumatra, Heft 2 Deckblatt, Heft 3 Vom Zigarrenrauch, Heft 4 Zigarren zwischen Tradition und Fortschritt. Bitte schreiben Sie an Neuhaus & Cie., Abt. Raucherberatung, 683 Schwetzingen, Postfach 86.



Innenminister Frick  
Nach Gerüchten aus dem Vatikan...

ler gewünschte Ermächtigungsgesetz zu stimmen\*?

Die Einwilligung der katholischen Partei war notwendig, sollte die für dieses Gesetz erforderliche Zweidrittel-Mehrheit erreicht werden.

In diesen Gesprächen, die am 22. März abgeschlossen wurden, gab sich Hitler versöhnlich; er war praktisch mit allen Forderungen der Zentrumsführer einverstanden. Er versprach, die deutschen Länder fortbestehen zu lassen, seine Macht nicht dazu zu gebrauchen, die Verfassung zu ändern, und Staatsbeamte zurückzuholen, die der Zentrumspartei angehörten.

Weiter verpflichtete sich Hitler, die Konfessionsschulen zu schützen und die Konkordate zu respektieren, die zwischen dem Heiligen Stuhl und Bayern (1924), Preußen (1929) und Baden (1932) abgeschlossen worden waren. Er sagte auch zu, diese Versprechen am 23. März in seiner programmatischen Rede vor dem Reichstag zu erwähnen; die Rede sollte noch vor der Stimmabgabe zum Ermächtigungsgesetz gehalten werden.

Am Nachmittag des 23. März 1933 kündigte Hitler in seiner Regierungserklärung vor dem neuen Reichstag sein Regierungsprogramm an. Es enthielt seine eigene, vorsichtig formulierte Version der Versprechen, die er der Zentrumspartei gegeben hatte.

Die Regierung, so sagte er, werde die politische und moralische Säuberung des öffentlichen Lebens vorantreiben und so die Voraussetzungen für eine wirklich tiefe Religiosität schaffen: „Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren; ihre Rechte sollen nicht angetastet werden.“

\* Ermächtigungsgesetz wird das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ genannt, mit dem der Reichstag am 23. März 1933 Hitler — zunächst auf vier Jahre — alle legislative Gewalt abtrat und damit auf seine Kontrollfunktion verzichtete.

„Die nationale Regierung wird in Schule und Erziehung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluß einräumen und sicherstellen. Ebenso legt die Reichsregierung, die im Christentum die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes sieht, den größten Wert darauf, die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhl weiter zu pflegen und auszugestalten.“

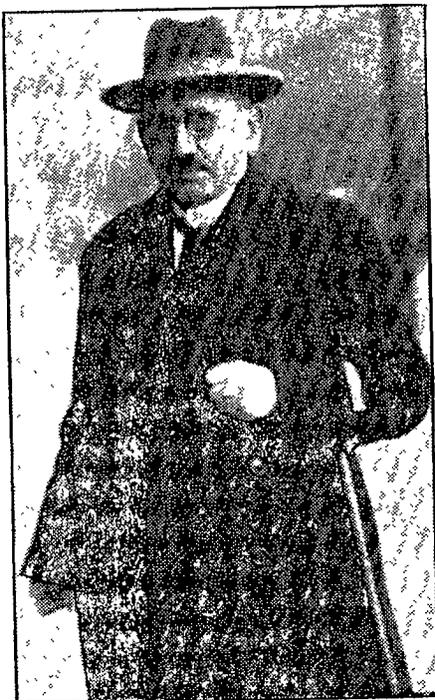
Es war ein böser Fall von Wunschenken, wenn Laien und geistliche Führer des deutschen Katholizismus die glatten Reden Hitlers grotesk überbewerteten und mißverstanden.

Er versprach ja nicht, die „bestehenden Rechte der christlichen Konfessionen auf dem Gebiet der Schule und Erziehung“ zu garantieren, wie es die Verhandlungspartner der Zentrumsparlei gefordert hatten, sondern er sprach vielmehr davon, daß er ihnen einen „angemessenen“ Einfluß zugestehen wolle. Wer aber sollte entscheiden, was „angemessen“ sei?

In ähnlicher Weise wollte man die Rechte der Kirche bestehen lassen, aber dieses Versprechen war mit Hitlers Erwartung verknüpft, daß die christlichen Konfessionen ihrerseits das Streben der Regierung nach nationaler und moralischer Erneuerung des deutschen Volkes respektierten. Außerdem schloß sich sein Versprechen direkt an die Präambel jenes Abschnitts an, worin die christlichen Konfessionen als wichtige Faktoren der Erhaltung des deutschen Volkstums bezeichnet wurden.

Im Geiste Machiavellis und getreu seinen früheren Äußerungen hatte Hitler hier die Fortdauer freien kirchlichen Lebens abhängig gemacht von deren Nützlichkeit für den Staat.

So sagte kürzlich ein scharfsinniger und sachkundiger Gelehrter, der auf Hitlers Kirchenpolitik spezialisierte Historiker Hans Buchheim: „Man kann Hitler auch angesichts der ärgsten kirchenfeindlichen Maßnahmen späterer Jahre nicht den Vorwurf machen, daß



Zentrumsführer Stegerwald  
... dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt



14/5

## IDUNA

Versicherungen

Die Jungen spielen. Aufgeweckte Burschen. Frisch, unbeschwert. Der eine hätte den schönsten Grund, unbeschwert zu sein: er ist geschützt, auf allen seinen Wegen. Sein Vater hat ihn versichert, bei einer großen Versicherung. Bei der Iduna.

Auch Sie können sich bei der Iduna gegen die Folgen aller Risiken sichern. Sie können alles versichern: Ihre Familie, Ihren Besitz, Ihren Lebensabend. Versichern Sie, was Ihnen lieb und teuer ist. Die Iduna gibt Ihrer Sicherheit den richtigen Rahmen.



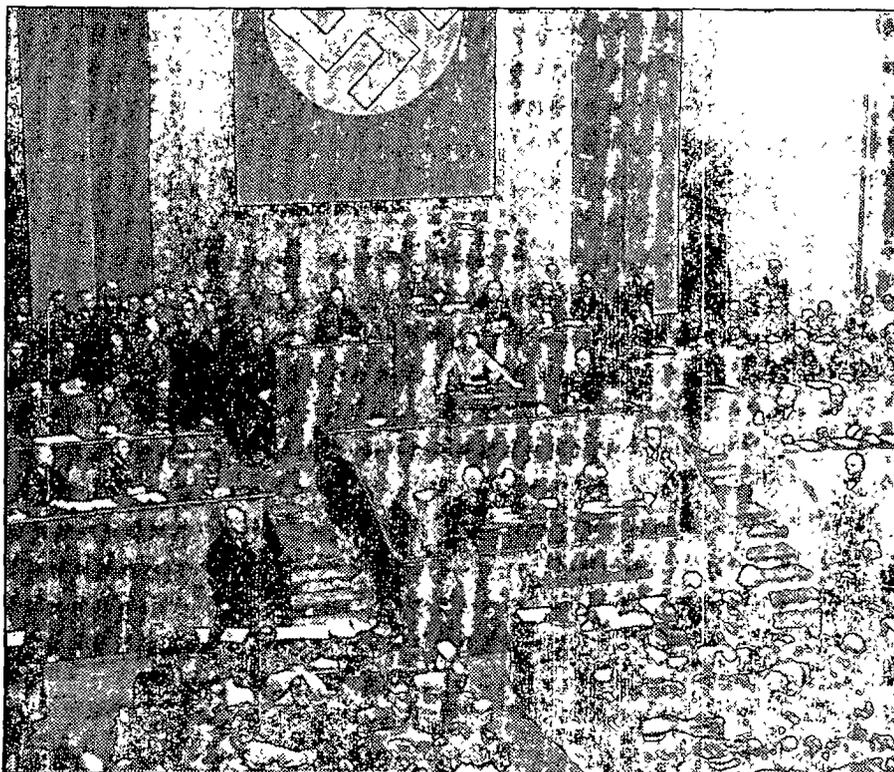
Partner Hitler, Hindenburg am Tag von Potsdam: Nach der Kapitulation des Zentrums...

er seine Regierungserklärung gebrochen habe; wer Ohren hatte zu hören, hätte sich am 23. März 1933 keinen Illusionen hingeben dürfen.“

In der Abendsitzung des Reichstags, die sich an eine dramatische Fraktions-sitzung des Zentrums am Nachmittag anschloß, erhob sich Kaas, um bekanntzugeben, daß die Partei trotz einiger Bedenken für das Ermächtigungsgesetz stimmen werde. Der englische Historiker Bullock sagt zu diesem verhängnis-vollen Schritt: „Das entsprach genau

der schäbigen Politik des Kompromisse-machens mit den Nazis, die das Zentrum seit dem Sommer 1932 verfolgte.“

Die Kapitulation des Zentrums vor Hitler resultierte, wenigstens zum Teil, aus der einseitigen Sorge um den Schutz kirchlicher Rechte. Als diese zugesichert wurden, war die Mehrheit durchaus bereit, es mit der autoritären Herrschaft Hitlers zu versuchen. Und natürlich fürchteten die Katholiken in dieser Krisenstunde wieder einmal, daß ihre Vaterlandsliebe in Frage gestellt werden



... legal in die Diktatur: Reichstagsöffnung am 22. März 1933

würde. Es fehlte jedes Verständnis dafür, daß eine demokratische Partei ohne Demokratie wie ein Fisch ohne Wasser ist.

Allerdings: Wenn Hitler der parlamentarische Segen verweigert worden wäre, hätte er zweifellos Gewalt angewendet; da dies zu befürchten war, hatten vielleicht viele Zentrumsmitglieder, abgesehen von allen anderen Gründen, zunächst nur das eine Ziel, nämlich Blutvergießen zu verhüten.

Aber Blut sollte in jedem Falle fließen, und die spätere Entwicklung wäre entscheidend beeinflusst worden, wenn man Hitler in diesem Augenblick zu einem offenen Verfassungsbruch gezwungen hätte. Auf diese Weise hätte er sich selbst des Prestiges beraubt, dessen er sich durch die legale Machtübernahme immerhin erfreuen konnte.

Die Bischöfe zögerten nicht länger mit ihrem schon einige Zeit bedachten Vorschlag, die Ächtung der NSDAP formell und öffentlich zu widerrufen.

Daß man diesen Schritt der Bischöfe erwartet hatte, war unterstrichen worden durch die demonstrative Abwesenheit von Hitler und Goebbels bei dem am 21. März in Potsdam abgehaltenen Gottesdienst anläßlich der feierlichen Eröffnung des neuen Reichstags.

Ein offizielles Kommuniqué erklärte, daß die beiden katholischen Minister sich verpflichtet fühlten, fernzubleiben, weil die Bischöfe in ihren jüngst herausgegebenen Erklärungen den Führer und die Mitglieder der NSDAP als Abtrünnige der Kirche bezeichnet hätten, die nicht zu den Sakramenten zugelassen werden dürften. „Diese Erklärungen sind bis heute noch nicht widerrufen, und es wird auch seitens der katholischen Geistlichen weiterhin danach gehandelt.“

Am 24. März wandte sich nun Kardinal Bertram erneut an die Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz. Der Stil dieses Schreibens und weiterer Briefe in jenen Tagen verrät die Hast, in der sie verfaßt wurden.

Die verschiedenen Entwürfe, die er als Antwort auf seinen Brief vom 19. März erhalten hatte, waren, wie der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz feststellte, durch die programmatische Rede des Kanzlers vor dem Reichstag am Tage zuvor überholt:

„Nach diesen ist eine öffentliche Kundgebung gewiß ratsam, sosehr auch die Ansichten über die Fassung einer solchen verschieden sein werden. Ein Entwurf folgt anbei.“ Man solle daher möglichst umgehend Stellung nehmen. Ein Entwurf von Weisungen an den Klerus würde folgen.

Diese Weisungen an den Klerus wurden einen Tag später abgeschickt. In seinem Begleitschreiben betonte Bertram die Dringlichkeit, die pastoralen Weisungen ohne Verzögerung weiterzuleiten, denn die Anfragen der Geistlichen, wie sie sich gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung im gegenwärtigen Stadium verhalten sollten, häuften sich.

Bertram schrieb: „1. Ein Abwarten, ob die Reichsregierung alle großzügigen Zusagen der prinzipiellen Programmrede des Reichskanzlers erfüllen wird, kann jahrelange Verschleppung klarer Stellungnahme zur Folge haben. Nichts schlimmer als das. Darum halte ich für gut, unsererseits diesen Moment zu be-

nutzen, um so weit zu gehen, als es mit Glaube und Kirchengesetz vereinbar ist.

„2. In katholischen Großstädten, wo jetzt geschlossene Formationen der SA nicht zu katholischem Gottesdienst zugelassen werden, wird Besuch des Gottesdienstes von der Leitung durch Kommando vorgeschrieben und gehen jetzt die katholischen Mitglieder, namentlich soweit sie sonst weder Kleidung noch Brot erhalten, in hellen Scharen geschlossen zur protestantischen Kirche. Das wird zunehmen.

„3. In anliegendem Entwurfe dürfte nichts gegen Glaube und Kirchengesetz verstoßen. Die rein disziplinarischen Normen aber richten sich nach der besseren Förderung der *salus animarum* (Rettung der Seelen).“

Kardinal Bertram war jetzt in das Lager der Bischöfe übergetreten, die bereit waren, die über die NSDAP verhängten Verbote zu widerrufen. Die Änderung seiner Haltung ist wohl aus dem starken Eindruck heraus zu verstehen, den die „großzügigen Zusagen“ Hitlers hinterlassen hatten; es ist gut möglich, daß Bertram darin eine Antwort auf seine Andeutung gegenüber Papen am 18. März sah.

Sie könnte auch in der wachsenden Sorge über den angedrohten Abfall der katholischen Nationalsozialisten zu suchen sein. Die Führer der NSDAP ermutigten damals ihre Mitglieder, den Kirchen beizutreten, um letztere auf diese Weise zu paralysieren. Kardinal Bertram befürchtete vielleicht, die Protestanten könnten Nutzen aus dieser offiziell angeregten Religiosität ziehen, wenn die Türen der Katholischen Kirche verschlossen blieben.

Man kann heute noch nicht mit Sicherheit sagen, ob auch der Vatikan Bertrams Entschluß beeinflußt hat, eine öffentliche Erklärung herbeizuführen, durch die mit der nationalsozialistischen Bewegung Frieden geschlossen werden sollte.

Monsignore Kaas fuhr am 24. März 1933 zu einem kurzen Besuch nach Rom. Angesichts der bedeutenden Rolle, die Kaas in den bevorstehenden Konkordatsverhandlungen zwischen Deutschland und dem Heiligen Stuhl zufallen sollte, ist man versucht anzunehmen, daß der Prälät auch hier seine Hände im Spiel hatte.

Da aber Bertrams Brief an den Episkopat, der seine neue Haltung ankündigte, am Tage von Kaas' Abreise nach Rom abgeschickt wurde, vermag diese Hypothese nicht zu überzeugen.

Andererseits wissen wir, daß der deutsche Botschafter beim Vatikan, Diego von Bergen, in einer Notiz vom 16. März vorschlug, man möge Bischof Schreiber von Berlin konsultieren und in „einer streng vertraulichen Besprechung die Möglichkeit einer Ausräumung der bestehenden Gegensätze erörtern“. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß diese Idee Bergens eigener Initiative entstammte; viel glaubwürdiger ist die Annahme, daß der Vorschlag aus den Reihen der Kurie kam.

Aber wir wissen weder, ob aus dem vorgeschlagenen Friedensgespräch etwas geworden ist, noch, ob Kardinal Bertram auf diese Weise vielleicht eine Bestätigung der Gerüchte erhielt, wonach der Vatikan an einer Versöhnung zwischen der Kirche und dem neuen Regime interessiert sei.

Es ist auch möglich, daß ihm eine solche Nachricht durch Kardinal Faul-



Nuntius Pacelli (2 v. l.), -Zentrumsführer Kaas (5 v. l.): „Warum mußten die Bischöfe

haber zugeleitet wurde, nachdem dieser Anfang März von seinem Besuch beim Vatikan heimgekehrt war.

Nach dem gut informierten Pater Leiber soll der päpstliche Staatssekretär, Kardinal Pacelli, als er von der bischöflichen Erklärung erfuhr, ausgerufen haben: „Warum mußten die Bischöfe der Regierung so schnell entgegenkommen? Wenn schon, konnten sie sie dann nicht gut noch einen Monat auf sich warten lassen?“

Aber selbst wenn die Äußerung wirklich in dieser Form gemacht wurde, betrifft sie doch im Grunde nur den Zeitpunkt der Erklärung und schließt das Interesse des Vatikans an einer solchen Versöhnung nicht aus.

Am 27. März konnte Kardinal Bertram dem deutschen Episkopat berichten, daß die Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz auf seinen Entwurf mit „erfreu-

licher Übereinstimmung“ reagiert hatten. Er habe von einigen geringfügigen Änderungsvorschlägen abgesehen, da jede Änderung weitere zeitraubende Korrespondenz erfordere hätte. Eine solche Verzögerung erscheine aber nicht ratsam: Einige Bischöfe hätten gebeten, „keine Stunde mehr zu warten“.

Bertram wollte die Kundgebung am 29. März veröffentlichen, aber die Eile war groß, und die meisten Bischöfe veröffentlichten sie schon am 28. März. Der endgültige Text wich von Bertrams Entwurf leicht ab. Die Änderungen ließen im großen und ganzen den Ton der Kundgebung etwas strenger erscheinen:

„Es ist nunmehr anzuerkennen, daß von dem höchsten Vertreter der Reichsregierung, der zugleich autoritärer Führer der Bewegung ist, öffentlich und feierlich Erklärungen gegeben sind, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderlichen Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen sowie die vollinhaltliche Geltung der von den einzelnen deutschen Ländern mit der Kirche abgeschlossenen Staatsverträge durch die Reichsregierung ausdrücklich zugesichert wird.

„Ohne die in unseren früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer aufzuheben, glaubt daher der Episkopat das Vertrauen hegen zu können, daß die allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen.“

Die Ermahnungen an alle Katholiken, so fuhr die Kundgebung fort, für Ruhe und Wohl des Volkes zu sorgen, für den Schutz der christlichen Religion, die Rechte der Kirche, der Konfessionsschulen und Jugendorganisationen, bleibe in Kraft.

„In Geltung bleibt ferner die Mahnung an die politischen und ähnlichen Vereine und Organisationen, in Gotteshaus und kirchlichen Funktionen aus Ehrfurcht vor der Heiligkeit derselben zu vermeiden, was als politische oder parteimäßige Demonstration erscheinen und daher Anstoß erregen kann.“

Die oberhirtlichen Weisungen an den Klerus wurden von den Bischöfen der



Botschafter von Bergen

„Hitler so schnell entgegenkommen?“

Fuldaer Konferenz am 29. März herausgegeben; im wesentlichen waren sie so geblieben, wie Kardinal Bertram sie am 25. März konzipiert hatte.

Mitglieder der nationalsozialistischen Bewegung sollten nun zu den Sakramenten zugelassen werden: „Angehörige der nationalsozialistischen Bewegung und Partei sind wegen dieser Zugehörigkeit hinsichtlich des Sakramentenempfangs nicht zu beunruhigen, vorausgesetzt, daß gegen ihre Würdigkeit im übrigen begründete Bedenken nicht obwalten und daß sie entschlossen sind, niemals glaubens- und kirchenfeindlichen Anschauungen oder Handlungen zuzustimmen. Desgleichen ist die bloße Zugehörigkeit zu jener Partei kein Grund zur Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses.“

Das „Einbringen von Fahnen“ in die Kirche solle durch freundliche Ermahnung verhindert werden, um den Charakter einer politischen Demonstration zu vermeiden. „Werden solche nicht befolgt, so ist ein öffentlicher Skandal, der bei Ausweisungen meist eintritt, zu ver-

Der katholische Priester solle mit allen ihm zur Verfügung stehenden seelsorglichen Mitteln „der Gottlosigkeit und Sittenlosigkeit der Zeit entgegenwirken und so in seiner Weise die Pläne der nationalen Regierung unterstützen, die mit staatlichen Mitteln eine innere Erneuerung unseres Volkslebens anzustreben versprochen hat“.

Auf einer Konferenz des bayrischen Ministerrats am 24. April konnte der Ministerpräsident berichten, daß Kardinal Faulhaber seinen Geistlichen befohlen habe, das neue Regime zu unterstützen, zu dem er (Faulhaber) Vertrauen habe.

Durch solche Weisungen und Erklärungen der Hierarchie hatte man endlich eine Basis für wirksame Beziehungen geschaffen. Die Verurteilung gewisser Irrlehren — das ist natürlich richtig — blieb ausdrücklich bestehen, und der bayrische Episkopat soll bekanntgegeben haben, „daß die Erklärung der deutschen Bischöfe keineswegs eine Aufforderung sei, jetzt der nationalsozialistischen Partei beizutreten“.

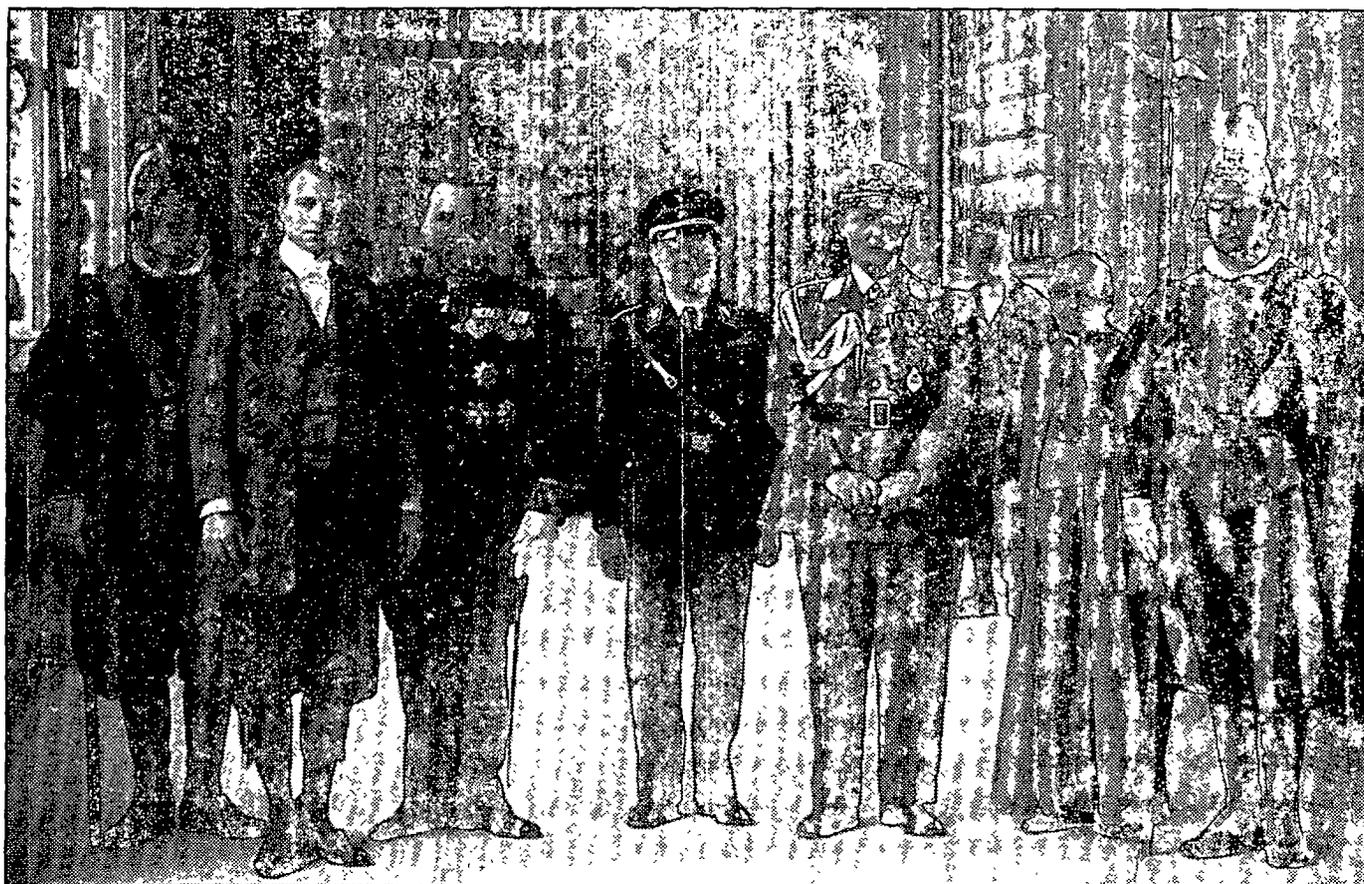
zeitung“. Der Widerruf früher auferlegter Verbote bedeute, daß von nun an „die positive Einstellung aller deutschen Katholiken zu dem neuen Staat durch keine religiöse Hemmung mehr behindert“ sei.

Für viele Führer und einfache Mitglieder der katholischen Parteien und anderer Organisationen kündigte die Erklärung der Bischöfe den Beginn einer neuen Epoche an.

Bemerkenswert für diese Epoche war die Geschwindigkeit, mit der die Erlaubnis für eine positive Haltung zum neuen Staat durch die Bekräftigung ersetzt wurde, daß es die Pflicht eines jeden Katholiken sei, eine solche Haltung einzunehmen.

Der Zentrumsführer in Baden, Monsignore Föhr, nannte am 30. März 1933 die Mitarbeit von Katholiken am neuen Reich eine Pflicht; am selben Tag äußerten Parteiführer in Köln ähnliche Überzeugungen.

Der Katholische Lehrerverband bemerkte in einer am 1. April veröffentlichten Erklärung anerkennend, daß



Konkordats-Unterhändler Göring vor der Papst-Audienz im Vatikan: Guten Eindruck gemacht

meiden, jedoch die vorstehende Erinnerung in ebenso ruhiger und nicht verletzender Form hernach oder gelegentlich zu erneuern.“

Die bayrischen Bischöfe gaben am 10. April Weisungen in anderem Wortlaut, jedoch im wesentlichen gleichen Inhalts heraus. Sie fügten hinzu, daß bei patriotischen Feierlichkeiten, die vom Staat ausgingen, die Kirchenglocken nur auf Anordnung oder wenigstens mit der Erlaubnis der Diözesanverwaltung geläutet werden dürften. Der Klerus solle sich in diesem Punkte nicht einschüchtern lassen.

Aber im Grunde war der Friede doch geschlossen und, wie einige es sahen, praktisch sogar völlig einseitig, denn Hitler und seine Bewegung hatten nicht einen einzigen Programmpunkt zurückgezogen oder geändert. Man mag die Bischöfe für naiv oder opportunistisch halten — mit diesen Kundgebungen hatten sie jedenfalls die Legitimität der neuen Regierung anerkannt.

Die Erklärung der Bischöfe habe eine Situation beendet, die viele Katholiken als immer unhaltbarer empfunden hätten, schrieb Alphons Nobel, Chefredakteur der katholischen „Augsburger Post-

Adolf Hitler und seine Bewegung den undeutschen Geist nun überwunden hätten, der in der Revolution von 1918 triumphiert habe. Sie rief ihre Mitglieder auf, „Mithelfer und Freund der nationalen Bewegung (zu sein), die heute die Macht und das Ansehen hat, allem Neuen und Gesunden in unserer Zeit und unserem Volke zum Leben zu verhelfen“.

Die Katholische Arbeiterbewegung erklärte am 2. April ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an der Schaffung eines in sich gefestigten nationalen Staates und

am Aufbau einer Ordnung, die christlich und deutsch sei.

Der Katholische Jungmännerverband bot am 4. April ebenfalls an, sich den Kräften anzuschließen, die nun für nationale Erneuerung und Einheit arbeiteten. Das Rundschreiben behielt sich aber das Recht vor, der Ungerechtigkeit entgegenzutreten, wo immer sie sich zeige. Der Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen zog am 3. April sein Verbot einer Zugehörigkeit zur NSDAP zurück.

Es wäre falsch, die Ursache dieser Loyalitätserklärungen in der bischöflichen Kundgebung zu suchen. Die Erklärungen waren, zumindest teilweise, ein Echo eben solcher Gefühle und Überzeugungen innerhalb des deutschen Katholizismus. Die öffentliche Kehrtwendung des Episkopats ermöglichte es jetzt, diese Gedanken frei auszusprechen.

In jenen Tagen erlebten zweifellos viele Menschen im Lande ein echtes Gefühl nationaler Begeisterung und Freude. Aus diesem weitverbreiteten Gefühl der Befreiung von Krise und Frustration heraus billigten viele Katholiken die Zwangsauflösung der linksgerichteten Freidenker-Organisationen, die Unterdrückung der kommunistischen Partei und die Bekanntgabe verschiedener Verordnungen, die der religiösen Erziehung entgegenkamen.

Die preußische Regierung hatte am 22. Februar 1933 die allmähliche Abschaffung interkonfessioneller Schulen beschlossen und den Religionsunterricht an Berufsschulen wieder eingeführt. Niemand wußte damals, daß Göring die Zustimmung des preußischen Kabinetts



Kardinal Bertram  
Parteiverbot widerrufen

für diese Maßnahme mit der Bemerkung erhalten hatte, daß sie „aus politischen Gründen“ notwendig sei. Ein am 27. Februar verkündetes Gesetz erkannte sieben katholische Feste als gesetzliche Feiertage an.

Kein Wunder, daß viele Katholiken geneigt waren, über den Terror hinweg-

zusehen, der in diesem Fall hauptsächlich-Marxisten, Kommunisten und liberale Feinde traf.

Als am 13. April in Bayern die „Ersten Bibelforscher“ unterdrückt wurden, akzeptierte die Kirche sogar die Ausweisung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, jedes Mitglied dieser Sekte anzuzeigen, das noch weiterhin die verbotene Religion ausübe.

Der im Werden begriffene totalitäre Staat ließ die besonderen Gruppeninteressen der Katholischen Kirche unangetastet; unter diesen Umständen fiel es der Kirche nicht schwer, Frieden mit ihm zu schließen.

Doch wurden auch einige andersdenkende Stimmen laut. Zwei Artikel in der April-Ausgabe (1933) der jesuitischen Zeitschrift „Stimmen der Zeit“ betonten, wie wichtig es sei, die demokratischen Freiheiten und die Herrschaft des Gesetzes zu verteidigen.

Pater Stratmann, Leiter des „Friedensbundes deutscher Katholiken“, rief zum mutigen und unbeirrten Eintreten für dessen Prinzipien auf und warnte vor Kompromissen. Der prominente katholische Theologe Konrad Algermissen von Hildesheim berichtete in einem Brief vom 31. März an Kardinal Bertram von einem weitverbreiteten Gefühl der Niedergeschlagenheit, dem er bei Priestern und Laien begegne.

Einige Katholiken fühlten, daß die Kirche Boden verloren hatte. Gewaltakte gegen katholische Organisationen wurden fortgesetzt, dennoch hatten die Bischöfe die Gläubigen ermahnt, gehor-

## „GEFAHREN FÜR GLAUBE UND SITTE“

Die Kirche und der Nationalsozialismus / Von Bischof Preysing

Konrad Graf von Preysing, Bischof von Eichstätt, später Bischof von Berlin, war einer der wenigen hohen katholischen Geistlichen, die ihre Kirche 1933 vor einer Annäherung an das NS-Regime warnten. Am 31. Mai 1933 legte Preysing der Fuldaer Bischofskonferenz das folgende Schreiben vor:

Ich bitte, in dem Hirtenwort (wie auch in den anderen Kundgebungen) kein Bekenntnis zur „neuen Ordnung“, zum „neuen Staat“ aufzunehmen.

Begründung: Der neue Staat wird von seinen Schöpfern mit der nationalsozialistischen Partei gleichgesetzt. Er hat somit — wie diese — Grundlagen, die mit anderer Weltanschauung nicht vereinbar sind.

Ich bitte, in das Hirtenwort grundsätzlich dogmatische und ethische Ausführungen einzufügen, die ... eine Verwerfung der Irrtümer in dogmatischer und ethischer Beziehung enthalten, die der Grund für die Verurteilung des Nationalsozialismus in den letzten Jahren waren.

Begründung:

a) Wir sind es dem katholischen Volke schuldig, ihm die Augen zu öffnen über die Gefahren für Glaube

\* Mit Bischof Dr. Matthias Ehrenfried von Würzburg.



Bischof Preysing (l.)  
Konflikt vorausgesehen

und Sitte, die sich aus der n. s. (= nationalsozialistischen) Weltanschauung ergeben.

b) Wir müssen den Nationalsozialisten, die katholisch bleiben wollen, einen Prüfstein geben, an dem sie Wahr und Falsch an der neuen Bewegung unterscheiden.

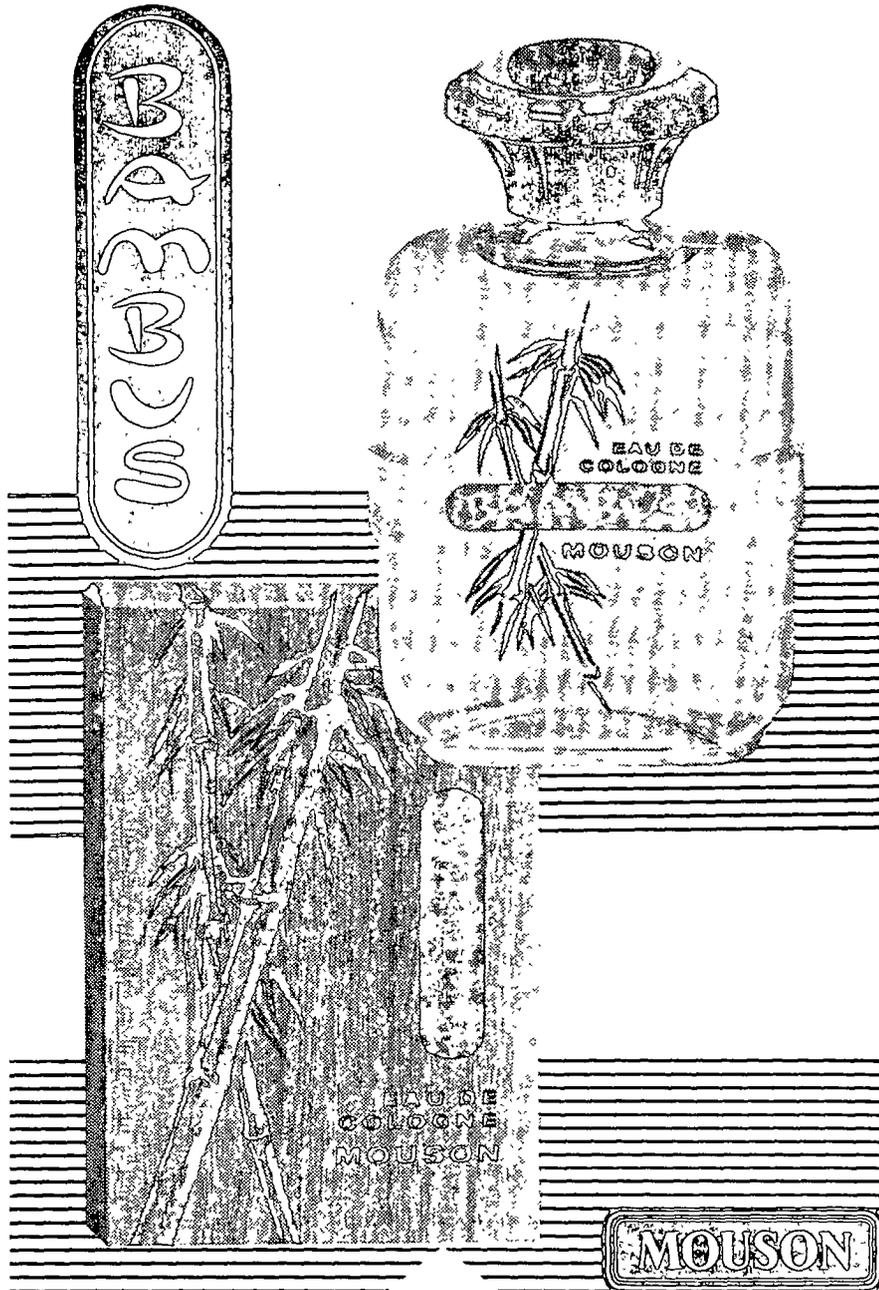
c) Ohne solche Reserve ist unsere Stellung zu kath(olischen) Organisationen, die nicht rein religiös sind (Jugendvereine, Studentenkorporationen, Parteien), unverständlich und widerspruchsvoll.

d) Wir müssen uns bei einem, wahrscheinlich kommenden Konflikt auf diesen Hirtenbrief berufen können.

e) Wir können auch zu so vielfachen praktischen Verstößen gegen das Sittengesetz Distanz halten.

Abschließend gestatte ich mir zu bemerken, daß wir in einer ähnlichen Gefahr uns befinden wie zur Zeit des Modernismus. Er hat die christl(ichen) Termini gebraucht und sie zu gleicher Zeit ihres Inhalts beraubt (Wahrheit, Offenbarung).

Heute wird den Worten Gott, Christentum, Sittlichkeit, Recht ihr Sinn genommen und ihnen ein entleertes, besser gesagt, verdeckter Sinn gegeben.



Die  
neue exquisite  
Duftschöpfung von Mouson  
hat sich ganz ungewöhnlich schnell  
beliebt gemacht. Ein Beweis dafür, wie  
treffend die moderne Duftnote auf den guten  
Geschmack abgestimmt ist.  
Auch Sie sollten sie kennen und schätzen lernen.

SEIFE · EAU DE COLOGNE · PARFUM · RASIERLOTION



Erzbischof Gröber  
Gleichschaltung bagatellisiert

sam zu sein und von jeglichem gesetzwidrigen Verhalten abzusehen.

Damals wie später mißbilligten die Bischöfe den aktiven Widerstand gegen Hitlers Staat; es gab Menschen, die dies bedauerten.

Die Enttäuschung wurde noch bitterer nach den Berichten aus Rom. Es war nicht bekannt, daß der Besuch Papens und Görings beim Vatikan am 10. April 1933 den Grundstein für die Konkordatsverhandlungen gelegt hatte, wenngleich einiges darüber durchzusickern begann.

Als aber öffentlich bekannt wurde, daß die beiden deutschen Minister mit großen Ehren empfangen worden waren, gab es keinen Zweifel mehr, daß der Vatikan dem neuen Regime gegenüber keine feindliche Haltung an den Tag legte. Die katholische „Allgemeine Rundschau“ schloß daraus: „Die Bischöfe können nicht kämpfen, wenn Rom sich für den Frieden entschließt.“

Aber derartige Reaktionen waren selten. In den Augen der meisten Katholiken, so scheint es, hat die bischöfliche Kundgebung die Luft gereinigt.

Für die Zentrumsmitglieder bedeutete sie darüber hinaus eine Richtschnur, die ihre Parteiführer gar nicht mehr zu geben bereit oder fähig waren. Monsignore Kaas reiste am Abend des 7. April 1933 nach Rom, um nie wieder Fuß auf deutschen Boden zu setzen. Von nun an wurde die Führungsrolle des Episkopats immer wichtiger.

Man hoffte vor allem, daß die Bischöfe imstande sein würden, der fortwährenden Entlassung katholischer Staatsbeamter Einhalt zu gebieten. In jener Zeit der großen Arbeitslosigkeit verursachte diese Säuberungsaktion viel Leid.

Am 6. April wandte sich Kardinal Bertram an Hindenburg. Trotz einiger sehr lobenswerter Maßnahmen, die die Regierung getroffen habe, um aufrührerische Elemente zu beseitigen und die öffentliche Moral zu schützen, schrieb der Kardinal, sei die katholische Öffent-

lichkeit tief besorgt und bedrückt; denn jetzt herrsche in weitesten Kreisen die Überzeugung, daß „so manche hervorragend tüchtige katholische Beamte, die jahrelang treueste und segensreichste Arbeit dem Volke und Vaterlande geleistet haben und ehrlich bereit sind, mit gleicher Hingebung unter der neuen Regierung opferwillig und in korrekter Einstellung zu arbeiten, auf stürmisches Drängen gegnerischer Kreise eben deshalb entfernt werden, weil sie der Kirche ebenso wie dem Staate mit gleicher Anhänglichkeit ergeben waren“.

Die Drohung, alle früheren Gegner des Nationalsozialismus zu entlassen, würde durch das am 7. April 1933 verkündete „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ noch verstärkt.

Die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz gaben nun eine öffentliche Erklärung ab, die Bertrams Brief an Hindenburg inhaltlich sehr ähnlich war. Einige Tage später veröffentlichten Kardinal Bertram in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der ostdeutschen Kirchenprovinz und Erzbischof Gröber als Vorsitzender der oberrheinischen Provinz ähnlich lautende Erklärungen.

Erzbischof Gröber leitete seine Kundgebung mit einem nationalen Bekenntnis ein, das in seiner Art bald ein Muster für jede Kritik der deutschen Bischöfe an der Regierungspolitik werden sollte:

„Verwachsen mit dem deutschen Volk durch Sprache und Blut und ergraut in jahrzehntelanger Arbeit im Volk und für das Volk, haben die Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz die Angriffe überaus bedauert, die man jenseits der deutschen Grenzen gegen unser Volk verleumderischerweise erhebt.“ Gleichzeitig aber, so fuhr Gröber fort, bedauere man alles, was das Prestige der Nation mindern und den Anschein der Ungerechtigkeit erwecken könne, wie im Falle der Entlassung treuer Bürger von ihren Arbeitsplätzen.

Außerhalb Deutschlands hatten sich Proteststimmen gegen den Naziterror



Monsignore Föhr  
Entlassungen gerügt

forwick

# Hier wird Stärke demonstriert

## GUSSKESSEL GUSSRADIATOREN



Stärke zeigt Überlegenheit. Sie bringt Entscheidungen, Erfolge.

Wo verantwortungsbewußt Zentralheizungen geplant werden, entscheidet man sich für Guß. Weil Guß erfolgreich ist, durch hervorragende Materialeigenschaften: Korrosionsbeständig, praktisch unverwüßlich, ohne Alterungserscheinungen. Das bedeutet für Heizkessel und Radiatoren viele Jahrzehnte wirtschaftliche und störungsfreie Arbeitsweise. Die 4 Werke der Fachgemeinschaft gußeiserne Kessel und Radiatoren (FKR) haben Millionen Gußkessel und Gußradiatoren gebaut.

Und es wird weiter gebaut. Denn für Qualität gibt es keine Kompromisse.

Eine gute Zentralheizung kann in vierzig, fünfzig und mehr Jahren noch betriebssicher und wirtschaftlich arbeiten. Es hängt vom Material ab, aus dem sie besteht.

Deshalb Gußeisen wählen. Seine Wertbeständigkeit ist unerreicht. Und das ist seine Stärke.



**Denk  
an morgen  
wähle  
GUSS**

Ihr  
Heizungsfachmann  
informiert und  
berät Sie gerne.

Strebelwerk GmbH Mannheim  
Rhein Stahl Eisenwerk Hilden AG Hilden  
Ideal-Standard GmbH Bonn  
Buderus'sche Eisenwerke Wetzlar



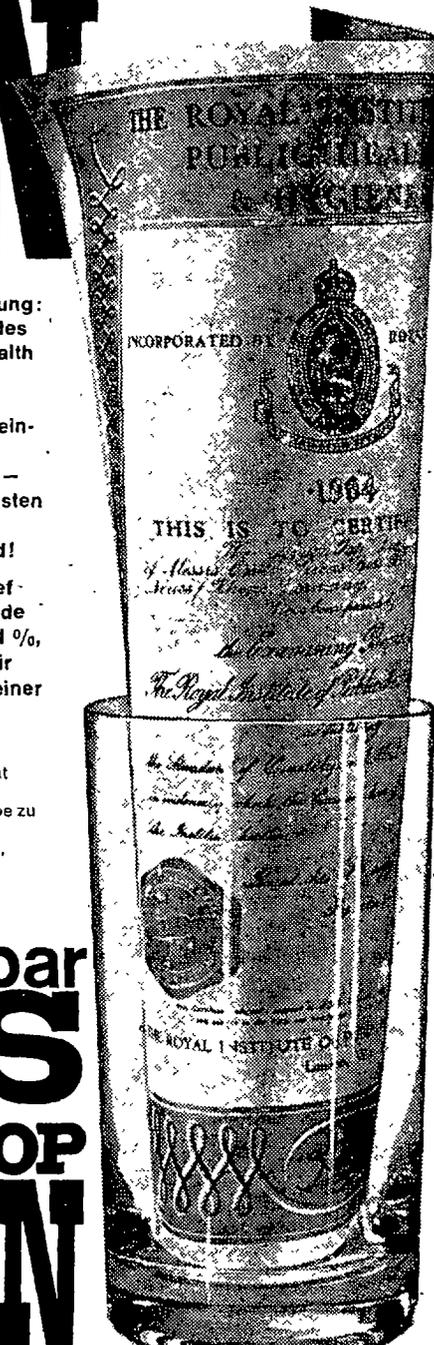
# EIN DIPLOM FÜR GIN

Der begehrte Preis einer ungewöhnlich strengen Prüfung: Zertifikat und Goldmedaille des Royal Institute of Public Health and Hygiene in London. Silver Top Dry Gin aus dem Hause BOLS stellte sich als einziger deutscher Gin dieser harten, langjährigen Prüfung – und bestand sie mit der höchsten Auszeichnung: Ein deutscher Gin im klassischen Gin-Land!

Silver Top Dry Gin – mit Brief- und Siegel für gleichbleibende Qualität und Reinheit. 43 Vol %, besonders empfehlenswert für long drinks und Cocktails. Seiner Qualität entspricht der Preis: DM 12,50 1/1 Fl.

Viele interessante Mixrezepte verrät Ihnen unser neues Mixbüchlein ALL ABOUT BOLS – Große Liebe zu kleinen Drinks. Schreiben Sie an Erven Lucas Bols, 404 Neuss, Postfach 577

unverkennbar  
**BOLS**  
SILVER TOP  
DRY GIN



erhoben, der sich gegen Juden und politische Gegner richtete. Berichte über die Brutalität in den neuen Konzentrationslagern begannen durchzusickern. Erzbischof Gröber wies diese Kritik als verleumderisch zurück, die Entlassung katholischer Staatsbeamter aber empfand er als ein Musterbeispiel der Ungerechtigkeit.

Während des Jahres 1933 wurde er „förderndes Mitglied“ der SS, ein Status, der zu regelmäßiger monatlicher Beitragszahlung verpflichtete; Gröber war bald als „brauner Bischof“ bekannt.

Er blieb Mitglied, bis man ihn im Januar 1938 ausschloß. Zu diesem Zeitpunkt wurde ihm klar, daß sein früheres Vertrauen in das nationalsozialistische Regime falsch gewesen war, obwohl er seine nationale Solidarität weiterhin betonte und sich weigerte, freiwillig seine „fördernde Mitgliedschaft“ aufzugeben.

Überall hatte man den Wunsch, am Aufbau des Dritten Reiches mitzuarbeiten. In katholischen Kreisen führte er am 3. April zur Gründung einer Organisation von Konservativen, die sich den Namen „Kreuz und Adler“ gab. Die Stimmung, die im Falle Erzbischof Gröber wahrscheinlich aus einem Gemisch von Überzeugung und Taktik hervorging, war hier eindeutig das Ergebnis ganz bewußter Identifizierung mit den Zielen der neuen Regierung.

Die Initiative für die Gründung dieser Organisation kam von Papen, der auch die Schirmherrschaft übernahm. Unter ihren Mitgliedern befand sich eine Anzahl bekannter katholischer Theologieprofessoren wie Otto Schilling und Theodor Brauer, Journalisten wie Emil Ritter und Eugen Kogon\*.

Ein Aufruf erging an die deutschen Katholiken, eifrig am Aufbau des Reiches mitzuhelfen, das die von Gott gewollte Sendung des Deutschtums verkörpere. Ziel der neuen Organisation, so erklärte man, sei die Vertiefung christlich-konservativen Denkens innerhalb des deutschen Volkes. Sie sollte unabhängig von jeder Partei wirken; ihr „Erfolg ist aber nicht an den Bestand der Parteien gebunden, die für das konservative Denken ohnehin zeitbedingte Gebilde sind“.

Auf der ersten öffentlichen Versammlung von „Kreuz und Adler“ am 15. Juni 1933 in Berlin rief Papen zur Überwindung des Liberalismus auf und bezeichnete das Dritte Reich als eine „christliche Gegenbewegung zu 1789“.

Andere katholische Persönlichkeiten und Verbände äußerten ähnliche Ideen. Der Generalsekretär des „Katholischen Gesellenvereins“, Nattermann, lud Hitler am 18. Mai zu einem nationalen Gesellentreffen im darauffolgenden Monat in München ein, denn die Versammlung strebe danach, die Herzen ihrer Mitglieder für Hitlers Werk zu gewinnen.

„So sehen wir in Ihnen nicht nur die von oben gesetzte Autorität“, schrieb er, „sondern auch den Führer, der das, was Adolf Kolping, unser Gründer und Führer, auf dem Wege geistiger Umbildung erstrebte, die Überwindung des Liberalismus und des Sozialismus, mit politischer Macht durchgesetzt hat.“

\* Kogon, heute Mitherausgeber der „Frankfurter Hefte“, wurde bald ein überzeugter Gegner des NS-Regimes, verhaftet und in das KZ Buchenwald verschleppt.

Zu Hitlers 44. Geburtstag am 20. April schickte Kaas aus Rom ein Glückwunschtelegramm, das die Presse veröffentlichte: „Zum heutigen Tage aufrichtige Segenswünsche und die Versicherung unbeirrter Mitarbeit am großen Werk der Schaffung eines innerlich geeinten, sozialbefriedigten und nach außen freien Deutschlands.“

Dieser Aufruf des Zentrumsführers zu „unbeirrter Mitarbeit“ beschleunigte den Übertritt der Katholiken ins nationalsozialistische Lager.

Kaas' Aufruf zur Mitarbeit brachte, wie wir heute wissen, die Wünsche des Vatikans zum Ausdruck. Baron von Ritter, der bayrische Gesandte beim Vatikan, berichtete am 24. April, daß Kaas und der päpstliche Staatssekretär ständig miteinander in Verbindung ständen:

„Daß Kardinal Pacelli eine ehrliche Mitarbeit der Katholiken zur Förderung und Leitung der nationalen Bewegung in Deutschland im Rahmen der christlichen Weltanschauung billigt, steht außer Zweifel. Auch aus dem Munde anderer hervorragender Kardinäle habe ich Äußerungen vernommen, die sich ganz in der gleichen Richtung bewegten.“

Der deutsche Episkopat erhielt neue, eindeutige Informationen über diese Politik des Vatikans auf einer Konferenz der Diözesanvertreter in Berlin am 25. und 26. April.

Prälat Föhr brachte Nachrichten über den Besuch Papens und Görings beim Vatikan mit: Die beiden Minister hatten dort einen guten Eindruck hinterlassen. „Man will alles vermieden wissen, was die Stellung zwischen Staat und Kirche erschweren kann. Man schätzt die Bewegung besonders wegen des Kampfes gegen den Bolschewismus und die Unmoral.“

Erzbischof Gröber hatte auf seine Anfrage beim Vatikan die Antwort erhalten, daß in den Gesprächen mit Papen und Göring ein Konkordat zwischen dem Reich und dem Heiligen Stuhl diskutiert worden sei.

Es stand nun völlig außer Frage, welche Haltung zum Hitler-Regime der Heilige Stuhl vom deutschen Episkopat forderte: Die Bischöfe wußten jetzt, daß ein Versuch, formelle Einigung auf höchster Ebene in Form eines Konkordates zu erzielen, bereits im Gange war.

Doch konnte man natürlich nicht sicher sein, daß diese Verhandlungen erfolgreich verlaufen würden. Für den Augenblick mußte man daher eine Richtung einschlagen, die sich auf die Defacto-Situation des Tages stützte. Man kam schließlich überein, daß sich die in den Fuldaer und Freisinger Konferenzen zusammengeschlossenen Bischöfe so bald wie möglich versammeln sollten, möglichst in Berlin, um dem deutschen Volk mitzuteilen, daß der Episkopat Kontakt mit der Regierung hergestellt habe.

In der Zwischenzeit wollte man versuchen, Kontakte mit der Regierung aufzunehmen, „um bei aller Anerkennung ihrer Arbeit für die Sittlichkeit und für den Aufbau des Staates doch den Bedenken Ausdruck zu geben wegen der Gefahren, die das katholische Volk für die Freiheit der Kirche, die konfessionellen Schulen, die kirchlichen Organisationen, die Mitwirkung der Katholiken als Staatsbeamte sieht“.

\* 1. Reihe v. r. n. l.: Bischöfe Kaller und Hugo; 2. Reihe, r.: Generalvikar Mayer.

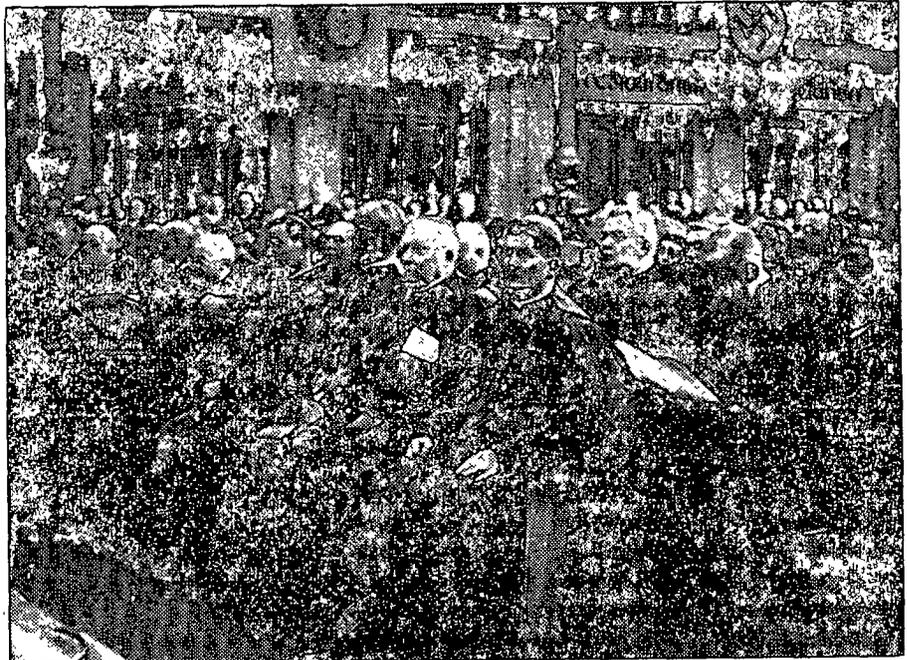
Am 25. April suchten die Bischöfe Berning und Kaller Vizekanzler Papen auf, der erneut Versicherungen abgab. Papen war überzeugt, daß die Freiheit der Kirche, der katholischen Organisationen und der konfessionellen Schulen nicht beeinträchtigt würde. Hitler würde in der Lage sein, die antikatholischen Gefühle der untergeordneten Parteifunktionäre in Schranken zu halten.

Am folgenden Tag, dem 26. April, stattete Bischof Berning in Begleitung eines Prälaten dem preußischen Kultusminister Dr. Rust einen Besuch ab. Auch dieser sah für die konfessionellen Schulen keine Gefahr, solange sie ihre Schüler zum Patriotismus erziehen und eine positive Haltung zum Staat einnehmen würden.

Während der ganzen Hitlerzeit fanden nur vereinzelt Gespräche zwischen

Hitler begrüßte die Gelegenheit, sich mit einem katholischen Bischof auszusprechen zu können, denn man habe ihm den Vorwurf gemacht, ein Feind des Christentums zu sein, und dieser Vorwurf habe ihn schwer getroffen. Er sei überzeugt, daß ohne Christentum weder ein persönliches Leben noch ein Staat aufgebaut werden könne, und besonders der Deutsche Staat sei ohne die feste Basis des Christentums gar nicht denkbar.

Aber er sei zu der Überzeugung gelangt, daß die christlichen Kirchen in den letzten Jahrhunderten nicht genügend Kraft aufgebracht hätten, die Feinde des Staates und des Christentums ohne fremde Hilfe zu überwinden. Sie hätten irrtümlicherweise geglaubt, Liberalismus, Sozialismus und Bolschewismus könnten mit „geistigen Waffen“ besiegt werden. Daher habe er sich ent-



3. Christkönig-Tagung in Mainz, Hakenkreuz\*: Unbeirrte Mitarbeit

Hitler und einem katholischen Bischof statt. Eines dieser seltenen Treffen von Angesicht zu Angesicht ereignete sich am 26. April 1933. Bischof Berning (Osnabrück) und Monsignore Steinmann (Berlin) wurden vom Kanzler empfangen. Bischof Berning bezeichnete das eineinviertelstündige Gespräch später als „herzlich und sachlich“.

Er begann die Unterhaltung, indem er prinzipiell den jetzigen Staat anerkannte und erklärte, „daß durch den neuen Staat das Christentum gefördert, die Sittlichkeit gehoben und der Kampf gegen Bolschewismus und Gottlosigkeit mit Energie und Erfolg geführt werde. Die Bischöfe geben aber zugleich den Befürchtungen Ausdruck, die vielfach in den Kreisen des katholischen Volkes beständen und eine vertrauensvolle Mitarbeit mit dem Staate noch erschwerten“.

Bischof Berning trug dann einige der strittigen Punkte vor, die das Recht der Kirche betrafen, ihre eigenen Angelegenheiten in voller Unabhängigkeit zu erledigen. Es handelte sich um die Freiheit der konfessionellen Schulen, die Rechte katholischer Organisationen und die Entlassung katholischer Staatsbeamter.

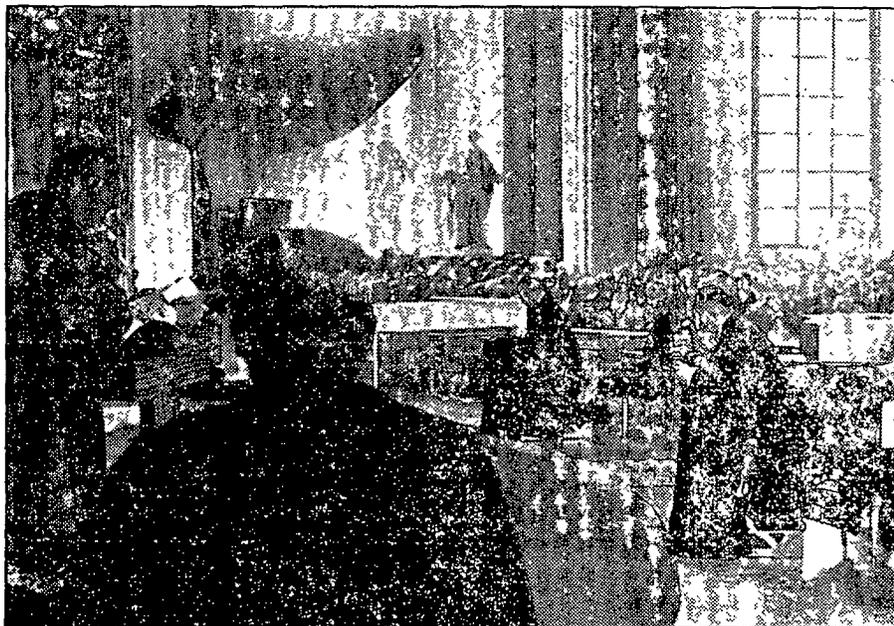
schlossen, der Kirche zu Hilfe zu kommen, und es auf sich genommen, Gottlosigkeit und Bolschewismus auszurotten.

Gelegentliche Härten als Begleitscheinungen dieses Kampfes seien unvermeidbar. Nachdem Bischof Berning diesen letzten Satz wiedergegeben hatte, bemerkte er: „Er sprach mit Wärme und Ruhe, hie und da temperamentvoll. Gegen die Kirche kein Wort, nur Anerkennung gegen die Bischöfe.“

Alles in allem sei er persönlich, sagte Hitler, von der großen Macht und Bedeutung des Christentums überzeugt und würde daher auch nicht die Gründung einer anderen Religion zulassen. Darum habe er sich von Ludendorff getrennt, und auch Rosenbergs Buch gehe ihn nichts an — es sei eine private Veröffentlichung. Da er selbst Katholik sei, werde er einen neuen Kulturkampf nicht dulden, und die Rechte der Kirche würden unangetastet bleiben.

Zur Schulfrage erklärte Hitler, er werde niemals ein völlig säkularisiertes Schulsystem dulden. Charakter könne nur auf religiöser Basis aufgebaut werden.

Man müsse gläubige Menschen haben, sagte er. „Es droht eine schwarze Wolke



Katholiken Papen (r.), Orsenigo (l.): „Das 3. Reich ist eine christliche Gegenbewegung“

mit Polen. Wir haben Soldaten notwendig, gläubige Soldaten. Gläubige Soldaten sind die wertvollsten. Die setzen alles ein. Darum werden wir die konfessionelle Schule erhalten, um gläubige Menschen durch die Schule zu erziehen.“

Der Brief Hitlers an Kardinal Bertram vom 28. April, eine Antwort auf Memoranden, die Bertram an Hindenburg und Frick geschickt hatte, und auch auf eine Mitteilung vom 16. April an den Kanzler selbst, war in einem sehr ähnlichen Ton gehalten. Bertram hatte sich in all seinen Briefen für die katholischen

Staatsbeamten und die angegriffenen Organisationen eingesetzt.

Hitler antwortete, indem er des langen und breiten über die Gewalttaten und Härten sprach, die Mitglieder seiner Bewegung in den Jahren vor 1933 hätten erdulden müssen. Das daraus entstandene Gefühl der Bitterkeit habe nach der Machtübernahme gelegentlich Vergeltungsakte zur Folge gehabt. Doch, so gerechtfertigt diese zweifellos auch gewesen seien, er bedauere es, wenn Priester dadurch belästigt worden oder zu Schaden gekommen seien. Er bat um

Einzelheiten und versprach, der Sache nachzugehen.

Zur Frage der katholischen Organisationen versicherte er Bertram, „daß, insoweit solche Verbände keine parteipolitisch dem jetzigen Regiment feindliche Tendenzen pflegen, auch keine Absicht besteht, gegen sie vorzugehen. Die Regierung würde glücklich sein, wenn sich erweisen sollte, daß diese Voraussetzungen zuträfen“.

Wenn wir heute diese Berichte von Hitlers Äußerungen lesen, sind wir betroffen von dem unverhohlenen Eingeständnis der völlig politischen Motive, die ihn veranlaßten, mit dem Christentum eine Friedenspolitik zu suchen und aufrechtzuerhalten.

Genau wie in seiner Reichstagsrede vom 23. März wurden die Rechte der Kirchen und ihrer Organisationen von Hitler völlig den Forderungen und Interessen des Staates untergeordnet. Man würde sie in Ruhe lassen, vorausgesetzt, daß sie die Rolle übernahmen, Treue und Patriotismus einzupflanzen, wie es das neue Regime wünschte.

Die deutschen katholischen Bischöfe scheinen nicht bemerkt zu haben, was bei Hitler Vorrang hatte, oder, wenn sie es bemerkten, glaubten sie, einen Modus vivendi erreichen zu können, falls man nur fortwährend die Liebe zum Vaterland betonte und versicherte, sich aus der Politik herauszuhalten.

Aber in Hitlers totalitären Bestrebungen umfaßte die politische Arena alle Aspekte des menschlichen Lebens, während die Bischöfe sich immer noch in einer Vorstellungswelt der völlig überholten Kategorien politischen Parteigeistes bewegten. Hitler wünschte ungeteilte Huldigung von allen, das Äußerste an Treue, unabhängig und unbehindert von religiösen Bindungen. Die

## „DER NS-STAAT TRÄGT ETWAS VOM GOTTESSTAAT IN SICH“

Katholiken über den Aufbau des Dritten Reiches 1933

Der CV (Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen) bekennt sich zur nationalsozialistischen Revolution als dem großen geistigen Umbruch unserer Zeit. Der CV will und muß Träger und Kämpfer der Idee des Dritten Reiches sein ... und deswegen wird der CV im Geiste des Nationalsozialismus geleitet werden ... Nur der nationalsozialistische Staat, der machtvoll aus der Revolution herauswächst, kann uns die Wiederverchristlichung unserer Kultur bringen ... Es lebe der CV! Es lebe das Großdeutsche Reich! Heil unserem Führer Adolf Hitler!

Aufruf des CV-Vorsitzenden Edmund Förschbach im Juli 1933.

Da in weiten Volkskreisen noch immer die Ansicht verbreitet ist, daß unser Herr Reichskanzler Adolf Hitler der Katholischen Kirche als Katholik feindlich gegenübersteht, möchte ich als ehemaliger Kaplan von Pasewalk, wo ich gleichzeitig Garnisons- und Lazarettseelsorger war, und zwar in der Zeit von August 1918 bis August 1920, die Erklärung abgeben, daß der damalige Gefeite, Herr Adolf Hitler, andäch-

tig dem katholischen Gottesdienste beigewohnt hat und ich ihn aus dieser Zeit als gläubigen Katholiken kenne.

Erklärung des Kuratus Koscha in „Bayerischer Kurier“, 12. Juli 1933.

Es ist ein großes Verdienst der Reichsregierung und besonders des Herrn Reichskanzlers, daß dem würdelosen Treiben der Gottlosen energisch Halt geboten, daß der geistigen Entartung der Völker, dem Bolschewismus ein Ende bereitet wurde. Niemand von uns darf je die Regierung in diesem schweren Kampfe im Stich lassen. Wir sind genau davon unterrichtet, daß die Regierung Wert darauf legt, daß die Katholiken den Kampf in Verbindung mit der Regierung weiterführen wie bisher.

Bischof Bornwasser von Trier in Bonn vor Studenten im Juli 1933.

Indem die Kirche den neuen Staat anerkennt und durch einen feierlichen Vertrag sich mit ihm verbunden hat zum gemeinsamen Wirken im Volke der Deutschen, hat sie auch uns als Jugend der Kirche verpflichtet für den neuen Staat. Und nicht nur

in dem Sinn, daß wir als Katholiken selbstverständlich um des Gewissens willen dem Staate geben, was des Staates ist, seine rechtmäßige Obrigkeit anerkennen, seine Autorität und seine Gesetze achten und befolgen; sondern in dem weiteren Sinne, daß wir den deutschen Staat nationalsozialistischer Prägung, seine Idee, seine Führung, seine Formen anerkennen und ihm uns mit ganzer Bereitschaft und ganzer Treue zur Verfügung stellen.

Das muß uns klar sein: Kein Staat verwirklicht in sich das Ideal des Gottesstaates, wie auch kein Mensch das Ideal des Gotteskindees ganz in sich verwirklicht. Dies Ideal war nicht der deutsche Staat der Vorkriegszeit, erst recht nicht der der Nachkriegszeit; das ist nicht der faschistische Staat Italiens, und das ist auch nicht der nationalsozialistische Staat des heutigen Deutschlands. Aber das kann und muß gesagt werden: Der neue deutsche Staat trägt etwas von der Idee des Gottesstaates in sich, in der Anerkennung des Christentums als Fundament des Staates.

Aufruf des katholischen Jungmännerverbandes im September 1933

nationalsozialistische Partei mit ihren verschiedenen Zweigverbänden sollte das einzige Werkzeug sein, um diese totale Kontrolle zu erreichen.

Der grundlegende Irrtum und die Tragödie der Führer des deutschen Katholizismus im Jahre 1933 bestand in der Unfähigkeit, die totalitären Ziele von Hitlers Staat zu erkennen, der von der Kirche wie von vielen anderen Deutschen nur als ein weiteres antikommunistisches autoritäres Regime betrachtet wurde, das seine guten wie seine schlechten Seiten habe.

Am 6. Mai bestätigte Kardinal Bertram Hitlers Brief vom 28. April. Die Kirche sei zu allen Zeiten und ungeachtet der Regierungsformen „sich ihrer heiligen Pflicht bewußt... in den Herzen der Gläubigen die Ehrerbietung und den Gehorsam gegen die Obrigkeit als religiöse Tugend zu vertiefen, und zu

gesundung erstrebt. Zu solchem katholischen Wirken bedarf es für uns keiner neuen Aufforderung.“

Auf ähnliche Weise rief ein gemeinsamer Hirtenbrief der bayrischen Bischöfe am 5. Mai zur Unterstützung des Regierungsprogramms einer „geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Erneuerung“ auf.

Der Hirtenbrief enthielt auch einige kritische Anmerkungen zu dem kürzlich erlassenen Numerus clausus an Hochschulen (aber nicht gegen das Prinzip einer zahlenmäßigen Beschränkung jüdischer Studenten) und zu den Drohungen gegenüber der freien Presse.

Er verteidigte die Gleichheit vor dem Gesetz und forderte dazu auf, die Grundsätze der Gerechtigkeit und Liebe aufrechtzuerhalten. Aber der Hauptakzent des Hirtenbriefes lag ganz klar auf der

In einer weiteren Bemühung, dieser Tendenz entgegenzuwirken, schlug der geistliche Berater des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen, Kardinal Faulhaber, vor, die Führung aller katholischen Verbände fortan Geistlichen zu übertragen, die jeweils von den Bischöfen zu ernennen seien. Sonst, so warnte er, bestehe die Gefahr, besonders im Falle der katholischen Universitätsverbindungen, „daß diese katholischen Verbände ganz zerfließen“.

Die Zukunft der katholischen Organisationen war trotz wiederholter Zusicherungen ernsthaft in Frage gestellt. Die Auflösung sozialistischer Gewerkschaften, die am 2. Mai vollzogen war, und die Beschlagnahme des Eigentums der Sozialdemokratischen Partei am 10. Mai waren unheilvolle Vorzeichen, die darauf hindeuteten, daß das Regime



Sendbote Goebbels (l.), Ehefrau (3. v. r.), Generalvikar Steinmann in Rom: Rückzug in die Sakristei?

opferwilliger Mitarbeit am Gemeinwohl alle Kreise des Volkes zu erziehen“.

Bertram vertrat allerdings die Ansicht, daß die Kirche die ihr zukommende Aufgabe als Volkskirche nicht erfüllen könne, wenn ihre Arbeit auf die Sakristei beschränkt werde. Die Kirche brauche ihre Organisationen, die Konfessionsschulen.

In Erklärungen an die katholische Öffentlichkeit legte der Episkopat inzwischen Optimismus an den Tag. Kardinal Bertram, der in seinem oben zitierten Brief an Hitler noch von Befürchtungen über die Zukunft der katholischen Organisationen sprach, teilte einer Konferenz von Geistlichen in Beuthen am 3. Mai den Wunsch der neuen Regierung mit, die Kirche solle am Kampf gegen den Marxismus, den Atheismus und die Unmoral teilnehmen:

„Die Kirche soll nicht in die Sakristei zurückgedrängt werden, sondern durch die ihr eigenen geistigen und seelischen Kräfte das leisten, was die Staatsgewalt durch ihre Machtmittel zur Volks-

Aufforderung mitzumachen. Die Vergangenheit sollte vergessen sein: „Niemand darf jetzt aus Entmutigung und Verbitterung sich auf die Seite stellen und grollen; niemand, der zur Mitarbeit ehrlich bereit ist, darf aus Einseitigkeit und Engherzigkeit auf die Seite gestellt werden.“

Wegen dieser und ähnlicher bischöflicher Verlautbarungen und um sich an das allgemeine Klima der Gleichschaltung anzupassen, entschlossen sich lokale Zweigstellen katholischer Organisationen hie und da zur Auflösung, oder Mitglieder traten, mit oder ohne Druck, der NSDAP bei. Die Ordinariate der meisten westdeutschen Diözesen sprachen sich in der zweiten Maihälfte gegen diese Tendenz aus.

Sie erklärten: „Unsere katholischen Organisationen stehen auf dem Boden des jetzigen Staates und beteiligen sich an der nationalen Erneuerung des Volkes, auch wenn sie sich Organen der NSDAP nicht unterstellen. Die Reichsregierung hat unsern katholischen Organisationen und Einrichtungen ihre Selbständigkeit zugesagt.“

nicht die Absicht hatte, seine Unterdrückungsmaßnahmen auf die Kommunisten zu beschränken.

Die Gleichschaltung der Bürokratie, des Rechtswesens, der Institutionen für Erziehung und Kultur und der Presse schritt zügig voran. Druck wurde an allen Fronten ausgeübt.

Dennoch hoffte die Kirche, daß sie bald eine gefestigte Stellung erlangen würde: Inoffizielle Verhandlungen waren nun seit einigen Wochen im Gange, um den Abschluß eines Konkordats zwischen dem Reich und dem Vatikan herbeizuführen.

#### IM NÄCHSTEN HEFT:

Geheimauftrag für Franz von Papen — Das Doppelspiel des Monsignore Kaas — Der Vatikan läßt die Zentrumsparterie fallen — Professor Schmaus entdeckt die Wesensverwandtschaft von Katholizismus und Nazismus